A2NEU Klimagerechtigkeit: Global erkämpfen!

Gremium: 2. Länderrat 2022
Beschlussdatum: 17.12.2022
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle politische Lage

Antragstext

Der dritte Dürresommer in Folge, Rekordtemperaturen auf der ganzen Welt, so viele Waldbrände in Europa in einem Jahr wie seit Beginn der Aufzeichnungen, tödliche Fluten in Pakistan: Die katastrophalen Folgen der Klimaerwärmung sind schon jetzt tagtäglich und überall auf der Welt spürbar. Bereits jetzt hat sich das Klima um 1,1 C° erwärmt. Aktuell steuern wir auf eine Erwärmung von ca. 4 C° zu und damit auf noch weitaus dramatischere Folgen für Menschen, Natur und den Planten.

Bisher getroffene Zusagen für den Klimaschutz werden – national wie international – nicht eingehalten - und damit sind wir von der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens noch meilenweit entfernt. Doch machen wir uns nichts vor: Selbst das Einhalten des dort vereinbarten 1,5-Grad Limits wird zu einer massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen von Millionen Menschen führen. Die jetzt schon menschenunwürdige Situation der weltweiten Ernährungssicherheit und -souveränität wird sich noch weiter verschlechtern. Denn auch bei der Einhaltung der bisherigen Klimaziele können klimatische Kipppunkte überschritten werden - mit völlig unkontrollierbaren Folgen. Klimaschutz ist deshalb notwendige Voraussetzung für ein würdiges Leben aller Menschen.

Es ist daher gerade so notwendig, wie vielleicht noch nie, politisch zu handeln. Doch statt eines konsequenten Umsteuerns erleben wir politisches Versagen. Auch Deutschland hat es bis jetzt noch kein einziges Mal durch politische Maßnahmen geschafft, die ohnehin viel zu ambitionslosen Klimaziele zu erreichen. Jahr für Jahr werden die notwendigen CO2-Einsparungen nicht erreicht, was vor allem am Stillstand im Bausektor, der Blockade im Verkehrsbereich und der viel zu umfangreichen Verstromung von Kohle und Gas liegt. Auch umfassende Pakete zum Ausbau der Erneuerbaren, ein immer noch viel zu teures 49€-Ticket und etwas mehr Geld für die Schiene können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die aktuelle Energiekrise durch den Bau von neuen LNG-Terminals und zusätzlicher Kohleverstromung eher zu einem fossilen Backlash als zu einem wirklichen Klimaaufbruch führt. So droht Deutschland, auch die Klimaziele 2030 krachend zu verfehlen.

Aber auch der Schutz vor den Folgen der Klimakatastrophe ist hierzulande nicht gegeben. Die verheerende Flutkatastrophe im Ahrtal im August 2021 hat uns gezeigt, was die Klimakrise schon jetzt für Schäden mit sich bringen kann. Deshalb ist eine weitere Aufstockung der Maßnahmen zur Prävention von Klimaschäden in unserem Land unabdingbar. Die bisher für die Kommunen bereit gestellten Mittel sind in Anbetracht der dramatischen Lage ein Witz und vollkommen unzureichend, um gegen die Klimakatastrophe gewappnet zu sein.

Der Beschluss zur Einführung eines “Loss and Damage”-Fonds auf der 27. Weltklimakonferenz ist zwar ein erster Erfolg, allerdings fehlen die konkreten Vereinbarungen, wie und wohin die Geberländer das Geld aufbringen wollen.
Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass hier so schnell wie möglich, schon vor der nächsten COP konkrete Summen und Mechanismen vereinbart werden. Wenn wir die Klimakrise als globale Gerechtigkeitskrise begreifen, müssen die reichsten und größten Emittenten der Welt endlich finanzielle Verantwortung für Klimaschäden in den am stärksten betroffenen Ländern übernehmen.

Im Namen unserer Zukunft: tax the rich

Die Klimakrise ist und bleibt eine globale Gerechtigkeitskrise. Wer von Klimagerechtigkeit spricht, darf deshalb von Ungleichheit nicht schweigen. Von 1990 bis 2015 hat das reichste 1 Prozent der Weltbevölkerung mehr als doppelt so viele Emissionen verursacht wie die ärmsten 50 Prozent zusammen. Um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, müssten die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung ihre durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen bis 2030 auf ein Zehntel reduzieren. Zudem sind gerade einmal 100 Konzerne für 70% des weltweiten CO2-Ausstoß verantwortlich. Dennoch wird die Verantwortung der Klimakrise auf Individuen abgewälzt und den Ärmsten der Gesellschaften immer wieder erzählt, dass ausgerechnet sie sparen müssten – während Reiche und Konzerne für die Klimakrise verantwortlich sind.

Privatjets, Luxusjachten, Luxusvillen, SUVs auf der einen Seite, Dürren, Fluten und Hunger auf der anderen Seite: Wir können uns die Reichen schon lange nicht mehr leisten. Deswegen ist Klimaschutz vor allem eine Frage von Umverteilung von Reichtum und Ressourcen, weshalb wir uns für diese einsetzen – national wie international.

Das Versagen hat System: Klimagerechtigkeit ist Systemfrage

Doch die Klimakrise werden wir nicht in den Griff bekommen, wenn wir auf individuelles Verhalten oder einzelne Personen abzielen. Wir müssen die systematischen Grundlagen dahinter verstehen - und sie ändern.

Solange wir uns die Politik von fossilen Konzernen diktieren lassen, wird es keine Klimagerechtigkeit geben. Am Beispiel der Energieversorgung zeigt sich so deutlich wie auf kaum einem anderen Feld, wie gefährlich der fossile

Kapitalismus für unsere Zukunft ist: Die fossile Erzeugung von Energie begünstigt in einem kapitalistischen System grundsätzlich die Bildung von Monopolen - ganz einfach, weil die natürlichen Gegebenheiten eine extrem zentralisierte Art des Abbaus und der Verbrennung von fossilen Brennstoffen nötig machen. Weil die Tagebaue und Gasfelder in der Hand von Konzernen liegen, können diese darüber entscheiden, was mit ihnen geschieht – und diese entscheiden sich für den profitabelsten Weg. Somit sind für das Klima entscheidende Bereiche außerhalb einer demokratischen Kontrollen.

Fossile Konzerne machen Milliardengeschäfte mit dem Verheizen unseres Klimas – und investieren viel dafür, dass das auch so bleibt. Es sind zahlreiche Beispiele bekannt, in denen Konzerne – oft erfolgreich – versuchen, die Klimapolitik von Regierungen zu beeinflussen: Sie erkämpfen Milliardensubventionen für die Kohleförderung, schreiben an Gesetzen mit - wie zuletzt bei der Gasumlage - oder schafften zweifelhafte Grundlagen für politische Entscheidungen durch fragwürdige Gutachten, wie zuletzt in Lützerath.

Aber nicht nur an der Energieerzeugung, sondern auch an der Weiterverteilung von Energie lässt sich zeigen, warum an einer gewinnorientierten Organisation unserer Energieversorgung Einzelne gewinnen und viele verlieren: Durch eine Liberalisierung des Strommarktes und hohen Spardruck der strukturell unterfinanzierten Kommunen kam es in den letzten 20 Jahren zu immer mehr Privatisierungen von Energienetzen. Notwendige Investitionen wurden verschleppt, Profite landeten auf den Konten der Konzerne und schlussendlich stiegen die Energiepreise für alle. Solange Profibestrebungen im Mittelpunkt stehen, werden Konzerngewinne und nicht günstige Energiepreise und Klimaschutz im Mittelpunkt stehen.

Vergesellschaftung statt Profitdruck

Dass wir leider noch weit von einer solidarischen, klimaneutralen Energieerzeugung entfernt sind, haben wir zuletzt an den Entscheidungen um Lützerath gesehen. Wie darauf aber eine gerechte Antwort aussehen könnte, ist offensichtlich: Wenn mit RWE in Sachen Lüzerath nicht mehr verhandelt werden kann, dann müssen wir über RWE verhandeln - und das geht nur mit Vergesellschaftung! Dass über Nacht Milliarden für die Verstaatlichung von Energiekonzernen aufgebracht werden können, haben uns die Fälle Uniper und SEFE deutlich vor Augen geführt. Dass in Krisen Verluste vergesellschaftet werden, während Gewinne weiter privatisiert werden, ist zwar nichts Neues, bleibt aber ungerecht. Wir müssen jetzt aus der Krise lernen und endlich Schluss machen mit einer profitorientierten, fossilen Energiewirtschaft.

Neben den enormen Klimaschäden, die die Kohleverstromung mit sich bringt, drohen hohe Folgekosten – sogenannte Ewigkeitskosten – durch Umweltzerstörung und -verschmutzung in den Abbaugebieten. RWE und co. legen zwar Geld dafür zurück, es wird aber davon ausgegangen, dass die Kosten der Langzeitfolgen diese

Rückstellungen bei weitem überschreiten. Es darf nicht sein, dass fossile Konzerne heute noch Dividenden ausschütten, während die Allgemeinheit in Zukunft die Ewigkeitskosten wird tragen müssen. Die Konzerne, nicht wir, sollen in Zukunft diese Kosten tragen. Deshalb setzen wir uns als GRÜNE JUGEND dafür ein, dass Energiekonzerne dazu verpflichtet werden, in einen Ewigkeitslasten-Fonds einzuzahlen.

Es ist klar, dass wir schnellstmöglich aus fossilen Energien aussteigen müssen. Auch die Beschäftigten in den Tagebauregionen wissen, wie dringend gehandelt werden muss, um die Klimakrise einzudämmen. Gleichzeitig machen sich viele Sorgen um ihre finanzielle Zukunft und fragen sich, ob es in Zukunft noch gute Arbeit für sie geben wird. Die betroffenen Regionen stecken mitten in einem umfassenden Strukturwandel, der dringend sozialgerecht gestaltet werden muss. Durch eine aktive Strukturpolitik, attraktive Um- und Weiterbildungsangebote, Maßnahmen wie eine Ausbildungs- und Jobgarantie und gute Löhne in den Zukunftsbranchen kann der Wandel vor Ort gelingen. Gemeinsam mit den Beschäftigten wollen wir für gute Arbeit, eine starke Daseinsvorsorge und umfängliche soziale Absicherung in der Transformation sorgen.
Die Energieversorgung gehört - wie die gesamte Grundversorgung - in die öffentliche Hand, damit ihr Zugang nicht weiter vom Profitdruck erschwert wird. Das bedeutet nicht, dass Konzerne, deren fossiles Konzept nicht aufgeht, sich darauf verlassen können, einfach vom Staat gegen hohe Summen auf Kosten der Allgemeinheit aufgekauft zu werden. Ein Freikaufen aus der Verantwortung für fossile Infrastruktur dürfen die Regierungen nicht zulassen. Über Vergesellschaftung muss da diskutiert werden, wo Profitinteressen einer klimafreundlichen und bezahlbaren Energieversorgung klar entgegenstehen.

Außerdem müssen wir als Gesellschaft auch darüber verhandeln, für was eigentlich wie viel Energie benötigt wird – und ob das sinnvoll ist. Heutzutage wird so viel produziert, wie noch nie. Einige Teile dieser Produktion zielen nicht darauf ab, menschliche und gesellschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen - sondern vor allem, um damit Umsatz zu erwirtschaften. Wir wollen mit einer profitmaximierenden Produktion zum Selbstzweck brechen!

Für die notwendigen Antworten: Eigentumsfragen stellen!

Wir können daher nicht im Klein-Klein bleiben und mit etwas mehr, aber immer noch viel zu wenig Klimaschutz zufrieden sein. Die notwendigen Antworten auf die Klimakrise können wir nur geben, wenn wir Eigentumsfragen stellen. Es reicht schlichtweg nicht, sich nur mit einzelnen Maßnahmen oder gesetzlichen Ausgestaltungen zu beschäftigen: Jede Regierung und jede Partei – auch die Grünen – werden an der Bewältigung der Klimakrise scheitern, wenn sie den Einfluss unseres Wirtschaftssystems auf die Klimakrise ausblenden und sich nicht trauen, diese zu problematisieren. Wir müssen das auf Profitmaximierung bestehende System überwinden, um Klimagerechtigkeit Realität werden zu lassen.

Solidarisch als Teil der Klimabewegung

Seit Jahren formiert sich daher Protest gegen eine Klimapolitik des Verschiebens, Verwässerns und Blockierens – gegen eine Klimapolitik, die das Problem nicht an der Wurzel anpackt. Nachdem die Klimabewegung anfänglich hohe Erwartungen an die Ampel-Regierung hatte, zeigen sich nun immer mehr Aktivist*innen enttäuscht darüber, dass selbst nahezu kostenlose und extrem leicht umzusetzende Maßnahmen wie ein Tempolimit nicht ergriffen werden – geschweige denn von wirklichen systematischen Veränderungen.

Als Teil der Klimabewegung teilen wir den Frust und die Enttäuschung über die aktuelle, leider immer noch viel zu ambitionslose Klimapolitik. Wir wollen daher dazu beitragen, Strategien und Aktionsformen zu finden, die es schaffen, breite Teile der Gesellschaft für den Kampf um ein gutes Leben auf diesem Planeten zu gewinnen und gleichzeitig diejenigen anzugreifen, die im großen Stil für den Ausstoß von Treibhausgasen und deren Regulation verantwortlich sind.

Ziviler Ungehorsam war, ist und wird für uns dabei immer ein notwendiges Mittel der Auseinandersetzung sein. Dass Aktivist*innen, wie etwa in Bayern, nun mit bis zu 30 Tagen Präventivhaft belegt werden, ist für uns vollkommen maßlos und bricht zudem mit fundamentalen Rechtsstaatsprinzipien. Ähnlich absurd ist, dass sich die öffentliche Debatte nun ausschließlich um die Frage dreht, wie sehr sich die Klimabewegung radikalisiert habe, während die Klimakrise und dessen Folgen von Tag zu Tag dramatischer werden.

Zeit für einen klimagerechten, linken Machtaufbau - international!

Solange wir uns die Klimapolitik von (fossilen) Konzernen diktieren lassen, wird es keine Klimagerechtigkeit geben. Es braucht eine Kehrtwende in der Klimapolitik, in der die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt gerückt werden: Eine günstige Energieversorgung, kostenfreie Mobilität für alle, bezahlbares und solidarisches Wohnen ist ebenso machbar wie ein krisenresistentes, gerechtes und ökologisches Landwirtschaftssystem. Als Grüne Jugend werden wir daher Klimaschutz als zentrale Gerechtigkeitsfrage in den Fokus unserer Arbeit rücken. Wir werden einerseits Initiativen wie „RWE enteignen“ unterstützen und andererseits als Teil der Klimabewegung zu einem linken Machtaufbau der Klimagerechtigkeitsbewegung mit Arbeiter*innen, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft beitragen - weltweit.

Unerlässlich dafür wird es sein, durch eine solidarische, internationale Klimapolitik eine gerechte Welt zu erstreiten. Denn Klimagerechtigkeit gibt es nur global. Notwendige Voraussetzung dafür ist es, das fossile Zeitalter global schnellstmöglich zu beenden - nicht nur in Deutschland oder Europa, sondern global. Dafür dürfen keine weiteren, neuen fossilen Projekte im Ausland, wie zuletzt in Südafrika oder im Senegal finanziert werden, sondern Erneuerbare Projekte unterstützt werden.

Im Mittelpunkt des politischen Handelns müssen die Menschen mit ihren Bedürfnissen stehen - nicht die Profite von Konzernen. Gemeinsam mit den vielen Menschen, die von einer klimagerechten Welt profitieren und auf diese für ihr weiteres Leben angewiesen sind, wollen wir systematische Veränderungen erstreiten.

Wir haben nichts zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen.